



Nr. 3 / 6. März 2026

Die Landeszuwanderungsbeauftragte ruft zu mehr Solidarität mit bedrohten und geflüchteten Frauen* auf

Anlässlich des internationalen Frauentages am Sonntag, den 8. März, wünscht sich die Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Doris Kratz-Hinrichsen, mehr aktive Unterstützung von Frauen* und Mädchen* in Notlagen in Herkunftsländern, auf der Flucht und in Deutschland.

„Die Situation von Frauen* und Mädchen* steht zur Zeit weltweit im Kern vieler politischer und sozialer Entwicklungen. Frauen* und Mädchen* sind durch globale Krisen – wie zum Beispiel im Nahen Osten und der Ukraine – stark betroffen“, sagt die Landesbeauftragte. „Frauen* aus dem Iran, Afghanistan, der Ukraine und dem Sudan, viele Ezidinnen und Kurdinnen sind massiv bedroht und auf Schutz angewiesen. Humanitäre Visa oder Abschiebestoppregelungen wären gute Instrumente, sie zu schützen“, so Doris Kratz-Hinrichsen. „Gleichzeitig steht Europa vor der Umsetzung von Reformen im Asylrecht, die Weichen dafür stellt, wie sicher Aufnahmebedingungen für Frauen* und Mädchen* künftig sein werden.“

Auch in Deutschland müssen geflüchtete Frauen nach Ansicht der Landesbeauftragten mehr Unterstützung finden: Durch den aktuell ausgesetzten Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ist vielen Frauen* und Familien eine sichere Einreise nach Deutschland verwehrt. „Auch die jüngst bekannt gewordene partielle Aussetzung von Integrationskursen berührt Fragen der Gleichstellung, weil sie dazu führen dürfte, dass Zugewanderte eher in prekäre Beschäftigung gelangen. Für Frauen* und zumal zugewanderte Frauen*, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligt sind, dürfte diese Maßnahme besonders schädlich sein“, sagt Doris Kratz-Hinrichsen.

Im Rahmen mehrerer Veranstaltungen stellen Schutz und Teilhabe geflüchteter bzw. zugewanderter Frauen in diesem Jahr einen Schwerpunkt in der Arbeit der Landeszuwanderungsbeauftragten dar.